

Bundesrepublik Deutschland

Michael Garthe

Die Jahre 2015/2016 markieren eine Zäsur in der deutschen Europapolitik. Unter dem Eindruck der Finanz- und Schuldenkrise, des Flüchtlingsstromes und des islamistischen Terrors wächst einerseits die Distanz der Deutschen zur europäischen Einigung. Ausgerechnet im Jahr 2015, in dem des Endes des Zweiten Weltkrieges gedacht wird, findet die Erzählung von der friedens- und freiheitsstiftenden Wirkung der Einigung Europas in der Bevölkerung immer weniger Gehör. Infolgedessen kann sich erstmals auch in Deutschland eine offen europakritische Partei etablieren. Andererseits verliert die deutsche Regierung das Ansehen eines europäischen Musterknaben, der vermittelt und die Fliehkräfte innerhalb der Europäischen Union im Zaum hält. Deutschlands politische und ökonomische Stärke wird in vielen Partnerländern erstmals vor allem negativ konnotiert.¹ Bundeskanzlerin Angela Merkel wird dort nicht mehr als präsidiale und gelegentlich spendable Moderatorin Europas angesehen, sondern als dessen geizige Herrscherin. Die Bundesrepublik gilt nicht mehr als die ausgleichende Mitte, sondern als parteiisch, vor allem in der Finanz- und in der Flüchtlingspolitik. Insbesondere die östlichen und die südlichen EU-Länder gehen auf Distanz zu Deutschland.

Das alles ist in seiner Nachhaltigkeit eine neue Erfahrung für die Deutschen und für ihre Politiker. Europas Einigung ist entzaubert. Die Zeiten Konrad Adenauers, Willy Brandts, Helmut Schmidts und Helmut Kohls scheinen ferner als sie es sind. Die Deutschen waren es gewohnt, dass die Einigung Europas Krisen erlebt, aber eben auch aushält. Der Glaube an dieses Europa war stets größer als der Zweifel an ihm. 2015 und 2016 ist das nicht mehr sicher. Renationalisierung ist im Trend und in ihrem Gefolge wächst auch der Nationalismus.

Die Europäische Union in der deutschen öffentlichen Meinung

„Die Deutschen haben den Europa-Blues“ betitelt der Berliner „Tagesspiegel“ seinen Artikel über die Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission aus dem Herbst 2015.² Nur noch 34 Prozent der befragten Deutschen hatten darin ein positives Bild von der Europäischen Union. Im Mai 2015 waren es immerhin noch 45 Prozent gewesen. 27 Prozent der im November Befragten hatten ein negatives Bild von der Europäischen Union. Damit war in keinem anderen Mitgliedstaat, außer in Estland, der Imageverlust der Europäischen Union binnen des Jahres 2015 so groß wie in Deutschland. Die Eurobarometer-Umfrage hat auch ergeben, dass 63 Prozent der befragten Deutschen der Europäischen Union „eher nicht vertrauen“ und nur 28 Prozent ihr „eher vertrauen“. Selbst dem Europäischen Parlament misstraute eine knappe Mehrheit von 51 Prozent, 36 Prozent äußerten „eher Vertrauen“. 56 Prozent sagten, „dass sich die Dinge in der EU derzeit ganz

1 Brendan Simms/Lukas Schmelzer: Die deutsche Frage. Mit ihrer Größe und ihrem Wohlstand hat die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Union destabilisiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.3.2016.

2 Albrecht Meier: Die Deutschen haben den Europa-Blues, in: Tagesspiegel, 26.1.2016.

allgemein in die falsche Richtung entwickeln“, nur 18 Prozent meinten, die Richtung sei richtig.³ Der ARD-Deutschland-Trend bestätigte die Europaskepsis der Bundesbürgerinnen und -bürger: Nur noch 30 Prozent der Befragten sagten, die EU-Mitgliedschaft bringe Deutschland eher Vorteile. Für 43 Prozent hielten sich Vor- und Nachteile die Waage und für 24 Prozent überwogen die Nachteile.⁴ Die Politiker der etablierten europafreundlichen Parteien reagieren nervös und aktionistisch auf diesen Befund.

Das Ringen um Griechenland und den Euro

Die sich ausbreitende Europaskepsis der Deutschen hat viel mit der Finanzkrise Griechenlands zu tun. Das exorbitante Staatsdefizit und die scheinbare Unfähigkeit zu nachhaltigen Sparanstrengungen und Reformen stoßen in Deutschland auf wenig Verständnis. Da prallen fiskalpolitische Welten aufeinander: In Deutschland die Reduktion auf eine schwarze Null in der Staatsverschuldung, in Griechenland seit Jahren eine Politik des ‚deficit spending‘ durch staatliche Subventionen, mit denen Investitionen angeleiert und Wirtschaftswachstum stimuliert werden sollen. Die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble und dem griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis wird zum symbolhaften Duell für diese beiden konträren finanzpolitischen Konzepte. Schäuble gewinnt zwar dieses Duell, Varoufakis musste gar von seinem Amt zurücktreten. Aber Deutschland macht sich keine Freunde mit seiner rigiden Position. Insbesondere die Mittelmeerstaaten der Europäischen Union gehen in unterschiedlicher Ausprägung auf Distanz zum Sparmeister Deutschland.

Innenpolitisch schlägt das Griechenland-Problem hohe Wellen. Die einen wollen den Spar- und Reformdruck auf Griechenland aufrecht erhalten und Staatsschulden nicht vergemeinschaften. Zu ihren prominentesten Verfechtern zählt Bundesbankpräsident Jens Weidmann.⁵ Die anderen verlangen einen Schuldenschnitt und Hilfsprogramme. Zu ihnen zählt Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt.⁶ Ex-Außenminister Joschka Fischer hält der Bundeskanzlerin Tatenlosigkeit vor.⁷ Die Alternative für Deutschland (AfD) behauptet, die Bundesregierung begehe Rechtsbruch, weil sie den im Euro-Stabilitätspakt vorgesehenen Haftungsausschluss für die Staatsverschuldung von Euro-Staaten unterlaufe.

Die Konfliktfronten gehen mitten durch die Gesellschaft und die politischen Lager. Innerhalb der Bundesregierung fordert die CSU einen härteren Druck auf Griechenland. Bundesfinanzminister Schäuble erwägt kurzzeitig einen Privatisierungsfonds als Beitrag zur Entschuldung Griechenlands und einen temporären Austritt Griechenlands aus dem Euro (Grexit). Der Philosoph Jürgen Habermas nennt ihn daraufhin „Zuchtmeister Europas“.⁸

3 Statista: Europäische Kommission 2016: Repräsentative Umfrage im Zeitraum 7. bis 17. November 2015 unter 1.548 Deutschen ab 15 Jahren.

4 ARD-Deutschland-Trend: Infratest dimap, repräsentative Umfrage im Zeitraum vom 1. und 2. Februar 2016 unter 1004 Deutschen ab 18 Jahren.

5 Uwe Heuser: „Das hat nicht funktioniert. Wie kommt die Bekämpfung der Euro-Krise voran?“, Interview mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann, in: Die Zeit, 12.3.2015.

6 Helmut Schmidt: Geld reicht nicht. Europa muss Solidarität mit den Griechen zeigen, in: Die Zeit, 9.7.2015.

7 Tina Hildebrandt/Mark Schieritz: „Worauf wartete Merkel?“, Interview mit Joschka Fischer, in: Die Zeit, 23.7.2015.

8 Ralph Bollmann: Hassfigur. Der deutsche Finanzminister wird als Hassfigur geschmäht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.2015.

Bundeskanzlerin Merkel stößt an die Grenzen ihres Konfliktlösungspotenzials. Innerhalb der CDU und zwischen CDU und CSU gibt es Streit über den Griechenlandkurs. Der Koalitionspartner SPD hält der Union Uneinigkeit und Lähmung vor. Auch von außen steigt der Druck auf die Bundesregierung: Der Internationale Währungsfonds (IWF), zusammen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Euro-Rettungsfonds (EFSF/ESM) einer der drei Hauptgläubiger Griechenlands, verlangt eine deutliche Schuldenerleichterung für den Mittelmeerstaat als Voraussetzung für die weitere Beteiligung des IWF am Hilfsprogramm.⁹

Aber die große Rebellion gegen Merkel bleibt aus. Im Juli 2015 stimmen zwar 63 Abgeordnete der Unionsfraktion gegen das dritte Hilfspaket für Griechenland. Im August setzen die Euro-Finanzminister es aber mit einem Volumen von 86 Mrd. Euro und einer Laufzeit bis August 2018 in Kraft. Die Wogen in CDU und CSU und in der großen Koalition glätten sich. Der IWF bleibt an Bord der Troika. 2016 wachsen die Zweifel an Griechenlands Reformfähigkeit und die Sorgen um die Zahlungsfähigkeit seiner Banken wieder. Im Mai 2016 wird aber eine weitere Teilauszahlung des dritten Hilfspaketes in Höhe von 10,3 Mrd. Euro freigegeben. Zuvor hat der IWF weitere Schuldenerleichterungen für Griechenland durchgesetzt. In Deutschland löst das kaum noch Kritik und Widerstand aus. Das öffentliche Interesse an der Euro-Finanzkrise und der Lage Griechenlands hat stark nachgelassen. Mitverantwortlich dafür ist das Flüchtlingsproblem, das die deutsche und die europäische Öffentlichkeit in ihren Bann schlägt.

Der Streit um die Flüchtlingspolitik

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat ein einzelnes Thema die Gemütslage der Nation in so kurzer Zeit so durcheinander gewirbelt, wie der massive Anstieg des Flüchtlingsstromes nach Deutschland seit dem Sommer 2015. Als Bundeskanzlerin Merkel im September beschließt, die vor der Grenze zu Österreich wartenden abertausend Flüchtlinge nach Deutschland zu lassen, erfährt sie viel Zustimmung in der Bevölkerung für diesen humanitären Akt. Die Menschen heißen die Flüchtlinge willkommen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft erfasst das Land. Ungezählte ehrenamtliche Helfer engagieren sich bei der Aufnahme und Betreuung der Fremden. Die Deutschen erfahren international Lob und Bewunderung für ihre Demonstration der Solidarität und Toleranz. Doch als sich das ganze Ausmaß der Zuwanderung von Flüchtlingen abzeichnet, wird die Willkommenskultur in wenigen Wochen verdrängt von Befürchtungen über eine Überforderung der deutschen Gesellschaft und von der Angst vor Überfremdung. Schon im Herbst 2015 spaltet die Flüchtlingsproblematik die deutsche Gesellschaft. Wo sich Toleranz gegenüber Flüchtlingen paart mit pauschaler Intoleranz gegenüber Landsleuten, die sich Sorgen wegen des Flüchtlingsstromes machen, fühlen sich Letztere als Schlechtmenschen in „Dunkeldeutschland“ und in die rechtsextreme Ecke gedrängt.¹⁰ Auf der anderen Seite stellen Kritiker der Flüchtlingsaufnahme deren Befürworter als naive Gutmenschen dar.

9 Cerstin Gammelin: IWF dringt auf deutsches Tabuthema: einen Schuldenerlass für Griechenland, in: Süddeutsche Zeitung, 4.4.2016.

10 „Es gibt ein helles Deutschland, das sich leuchtend darstellt gegenüber dem Dunkeldeutschland“, sagte Bundespräsident Joachim Gauck beim Besuch einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin und warnte vor Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, in: Lukas Ondreka: Joachim Gauck, die Osis und Dunkeldeutschland, in: Sueddeutsche.de, 26.8.2015.

„Gutmensch“ wird zum (Schimpf-)Wort des Jahres. Dieser Streit aus Gutmensch gegen Schlechtmensch nährt sich aus wenig Substanz, aber vielen Vorurteilen, aus wenig Wissen, aber viel Wahrheitsgewissheit, aus wenig Rücksichtnahme, aber viel Intoleranz.¹¹

Das Ausmaß des Streites ist bedrohlich: Die Funktionsfähigkeit der staatlichen Behörden Deutschlands und der EU-Institutionen werden infrage gestellt. Politiker werden diskreditiert und bedroht. Die Kritik an ihnen ist teilweise maßlos: Unfähig, verlogen, heuchlerisch, volksverdummend seien sie und sie verrieten ihren Amtseid, ist in Internet-Blogs und in Leserbriefen massenhaft zu lesen. Die Politik in Deutschland und Europa wird zum Sündenbock für alles gemacht. Die streitenden Bürgerinnen und Bürger gehen auf Distanz zur Demokratie und zur Einigung Europas. Das Pro und Contra der Flüchtlingsaufnahme spaltet Nachbarschaften, Freundschaften und Familien. Deutschland erlebt im Herbst 2015 eine tiefe gesellschaftliche Verunsicherung.

Es ist eine europäische Aufgabe, die Flüchtlingsproblematik in den Griff zu bekommen. Aber die Europäische Union tritt monatelang fast auf der Stelle, weil die Interessen der Nationalstaaten zu unterschiedlich sind.¹² Die Bundesregierung arbeitet eng mit der Europäischen Kommission zusammen und sucht Verbündete für EU-weite Lösungen. Doch die Anzahl der Koalitionäre Deutschlands wird bis zum Frühjahr 2016 eher kleiner als größer.

Bundeskanzlerin Merkel will die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offen halten und die Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen in sogenannten Hotspots registrieren, verteilen oder zurückweisen lassen. Sie hält ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei für unabdingbar. Sie will, dass alle Mitgliedstaaten von der Kommission festgelegte Kontingente von Flüchtlingen aufnehmen und fordert eine Verschärfung des deutschen und des europäischen Asylrechts sowie eine Verstärkung von Grenzschutz und Küstenwacht durch die EU-Agentur Frontex. Merkel will Nato-Verbände gegen Schlepperbanden im Mittelmeer einsetzen und sie setzt sich dafür ein, dass die Staatengemeinschaft die Flüchtlingsursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge entschieden bekämpft.

Die Hotspots kommen spät und funktionieren zunächst nicht richtig. Fast alle Mitgliedstaaten verweigern feste Aufnahmekontingente. Nach und nach schließen die Länder entlang der Flüchtlingsroute über den Balkan nach Deutschland ihre Grenzen.¹³ Asylrechtsreformen verzögern sich, weil die große Koalition sich nicht einig wird oder im Bundesrat die notwendigen Mehrheiten fehlen. Die Meinungen darüber, wie die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen seien, gehen in den Mitgliedstaaten zum Teil weit auseinander.

11 Michael Garthe: Gutmensch gegen Schlechtmensch. Das Flüchtlingsproblem spaltet unsere Gesellschaft. Findet der Streit kein Ende, gefährdet das unsere Demokratie mehr als der Zustrom von Fremden, in: Rheinpfalz am Sonntag, 27.9.2015.

12 Anton Pelinka: Die Union kann nur an sich selbst scheitern. Auf die Ängste, welche die Flüchtlingswelle hervorruft, ist das Europa der Vernunft nicht vorbereitet, in: Die Zeit, 28.1.2016.

13 Caterina Lobenstein: Abschiebung mal anders. Die EU hat die Chance vertan, Flüchtlinge fair zu verteilen. Nun regeln die ersten Staaten die Sache selbst – und machen die Binnengrenze dicht, in: Die Zeit, 2.7.2015.

Merkels Kanzlerschaft gerät in Gefahr

Mehr noch als in der Grexit-Debatte gerät Bundeskanzlerin Merkel in die Enge, sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch. Ihr in der Bundespressekonferenz am 31. August 2015 gesprochener Satz „Wir schaffen das“ wird zum geflügelten Wort der deutschen Flüchtlingspolitik. Zunächst erntet sie national und international Zuspruch für ihre Humanität und Solidarität mit den Flüchtlingen und für ihren Mut, Deutschland die Last unabsehbar vieler Flüchtlinge aufzubürden.¹⁴ Schon bald aber wird gefragt, ob Deutschland das wirklich schaffen könne, wer mit „wir“ gemeint sei und was denn nun alles zu schaffen sei. Merkel hält an dem Satz fest und erntet den Vorwurf der Sturheit und des Alleingangs. In der Bevölkerung wachsen die Befürchtungen vor einer Überfremdung rasch an. Die vom früheren Bundespräsidenten Christian Wulff ausgelöste Debatte, ob der Islam zu Deutschland gehöre, wird immer kontroverser. Die Anzahl ausländischer Verbrechen, insbesondere Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte, nimmt schnell zu.¹⁵

Die AfD machte sich den Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu nutze, fordert ein rigides Grenzregime und ein strenges Abweisen von Flüchtlingen sowie die Kürzung finanzieller Leistungen für Flüchtlinge. Sie wirft der Kanzlerin Rechtsbruch vor, weil sie die Dublin-Verordnung (Ein Flüchtling muss immer dort Asyl beantragen, wo er die Europäische Union zum ersten Mal betreten hat) außer Kraft gesetzt habe. Entschieden auf Distanz zur Bundeskanzlerin geht die CSU.¹⁶ Sie fordert Obergrenzen für den Flüchtlingszuzug und droht der Bundesregierung, in der die CSU selbst mit vier Ministern vertreten ist, mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, weil die Flüchtlingspolitik des Bundes Bayern daran hindere, seine Grenzschutzaufgaben wahrnehmen zu können.¹⁷ CSU-Parteichef Horst Seehofer kanzelt Merkel auf dem CSU-Parteitag im November 2015 in München regelrecht ab. In Bayern werden Überlegungen lanciert, die Gemeinschaft von CDU und CSU aufzukündigen.

Auch in der CDU selbst wächst die Kritik an Merkel. Die Spitzenkandidaten der Partei bei den Landtagswahlen im März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt fürchten um ihre bis zum Beginn der Flüchtlingskrise guten Wahlchancen. Sie stellen eigene Pläne zur Flüchtlingspolitik vor.¹⁸ Sie glauben, damit den Aufstieg der AfD in ihren Bundesländern verhindern zu können. Merkel müsse Ergebnisse liefern, sonst gingen nicht nur die Landtagswahlen für die CDU verloren, sondern auch ihre Kanzlerschaft.¹⁹

14 Ullrich Fichtner: Sprung nach vorn. In der Flüchtlingskrise riskiert Kanzlerin Merkel ihr Amt. Das macht große Politik aus, in: *Der Spiegel*, 10.10.2015; Ferdinand Knauf: „Wir schaffen das“. Deutschland könnte aus der Flüchtlingskrise gestärkt hervorgehen, Interview mit dem Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel, in: *Wirtschaftswoche*, 4.3.2016.

15 Bernd Ulrich: Wut ohne Grenzen. Attentate, Hetze, Tabubrüche: Kann die Politik die Aggression der Straße noch verarbeiten?, in: *Die Zeit*, 5.11.2015.

16 *Die Welt*: Seehofer attackiert Merkel – und lädt Orbán ein, 11.9.2015; *Der Spiegel*: Kein Fall für zwei. Der Streit um die Flüchtlinge spaltet die Union, 10.10.2015.

17 *Sueddeutsche.de*: Seehofer stellt Merkel neues Ultimatum, 16.1.2016.

18 Tina Hildebrandt: CDU: An der Obergrenze des Wahnsinns. Die Spitzenkandidaten der CDU bei den anstehenden Landtagswahlen suchen immer neue Wege, sich von der Kanzlerin zu distanzieren, in: *Die Zeit*, 25.2.2016.

19 *Der Spiegel*: An der Grenze. Wie nie zuvor in ihrer Amtszeit ist Angela Merkels Kanzlerschaft bedroht, 31.10.2015; Markus Feldenkirchen/René Pfister: Egal wie es ausgeht. Noch nie war Merkels Kanzlerschaft so in Gefahr wie derzeit, in: *Der Spiegel*, 23.1.2016; Florian Eder: Fünf Gründe, warum die Ära Merkel in Europa endet, in: *Die Welt*, 26.1.2016.

Der EU-Fahrplan scheint sich in der Tat in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 nach der deutschen Innenpolitik zu richten. Mehrere Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs werden anberaunt. Doch die Fortschritte sind minimal. Merkel scheint im Europäischen Rat weitgehend isoliert zu sein, insbesondere nachdem Österreich seine Grenzen geschlossen und eine Obergrenze für Flüchtlinge eingeführt hat.²⁰ Auch international wurde jetzt darüber spekuliert, ob Merkel sich als Kanzlerin halten könne.²¹

Bei den drei Landtagswahlen erleidet die CDU Verluste. Die AfD erzielt jeweils zweistellige Ergebnisse und bewirkt damit in allen drei Bundesländern neue Regierungskoalitionen. Merkel weist Vorwürfe zurück, sie sei Schuld an den Verlusten der CDU, räumt aber ein, dass die Flüchtlingsproblematik die Wahlchancen ihrer Partei beeinträchtigt habe. Die Zeit spielt für sie: Sind im Oktober 2015 noch 181.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, waren es im März 2016 noch 20.000.²² Die gegen die Vorstellungen Merkels erfolgten Schließungen der nationalen Grenzen entlang der Balkanroute zeigen Wirkung. Wenige Tage nach den Landtagswahlen wird das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei geschlossen. Merkel selbst hatte darüber mehrfach mit dem Präsidenten und der Regierung der Türkei verhandelt. Die Vereinbarung wirkt: Im Frühsommer 2016 kommen immer weniger Flüchtlinge nach Deutschland.

Merkels Popularität hat während der Flüchtlingskrise heftig gelitten. Jahrelang hatten sich oft fast 80 Prozent der Bevölkerung in repräsentativen Umfragen dafür ausgesprochen, dass Merkel eine wichtige politische Rolle haben solle. Im Januar 2016 wollen das noch 58 Prozent der Befragten.²³ Sie rutscht in der Skala der Beliebtheit führender Politiker von den gewohnten Spitzenplätzen ins Mittelfeld ab. In der Europäischen Union ist ihr Nimbus gebrochen. Jede weitere Krise kann ihre Autorität nachhaltig beeinträchtigen. Andererseits gibt es in Deutschland im Frühsommer 2016 keine andere politische Persönlichkeit, der man eine Kanzlerschaft mehr zutrauen würde als Merkel. Die SPD kann von der Schwäche Merkels nicht profitieren und macht sich kaum Hoffnungen auf eine aussichtsreiche Kanzlerkandidatur. In der Union hat Merkel bisher keine ernsthafte Konkurrenz um den Parteivorsitz und eine Kanzlerkandidatur im Jahr 2017.

Auch in der Europäischen Union konnte sich während der Flüchtlingskrise niemand als allseits anerkannte europäische Führungsfigur etablieren. Zu groß waren dafür vor allem die innenpolitischen Probleme, denen sich etwa der Präsident Frankreichs oder die Regierungschefs von Großbritannien, Italien oder Spanien gegenüber sahen. Merkel hat im elften Jahr ihrer Kanzlerschaft den Zenit ihres Ansehens hinter sich. Aber weder in Deutschland noch in der Europäischen Union ist sie 2016 einfach ersetzbar.²⁴

20 Romain Leick: Die Unaufrichtigen. Die Flüchtlingskrise bedroht die Existenz Europas. Im Mittelpunkt des Dramas steht Deutschland, in: *Der Spiegel*, 9.12.2015; Matthias Krupa, Bernd Ulrich: Wird sie springen? Viele in Europa halten Merkels Flüchtlingspolitik für verrückt, in: *Die Zeit*, 30.1.2016; Die Entmachtung. Angela Merkel hat sich mit ihrer Flüchtlingspolitik isoliert wie kein deutscher Regierungschef zuvor, in: *Der Spiegel*, 12.3.2016.

21 The European: Die Merkeldämmerung hat begonnen, 14.9. 2015.

22 Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

23 Umfrage von TNS Forschung, in: *Der Spiegel*, 23.1.2016.

24 Bernd Ulrich: Weltmacht Geduld. Dramatische EU-Gipfel, verwirrende Landtagswahlkämpfe, Repression in der Türkei, Flüchtlingseleid an Europas Grenzen - doch die Kanzlerin hat die Ruhe weg. Zu Recht? In: *Die Zeit*, 10.3.2016.

Die Türkei – ein schwieriger Partner

Ob die Türkei EU-Mitglied werden soll, ist in der deutschen Europapolitik seit Jahrzehnten umstritten. SPD und Grüne sprechen sich eher für ihren Beitritt aus. Die CSU ist eindeutig dagegen. In CDU und FDP überwiegen die Gegner einer türkischen EU-Mitgliedschaft, es gibt aber nicht wenige Befürworter. Die EU-kritische AfD will die Türkei klar auf Distanz halten. Merkel hat sich noch als Oppositionsführerin gegen einen EU-Beitritt der Türkei und stattdessen für eine privilegierte Partnerschaft ausgesprochen. Als sie 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, bestätigte sie diese Position. Damals war der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan noch ein Reformler, der sein Land moderner und europäischer machte. Doch er entwickelte sich immer mehr zum Autokraten, der aus der laizistischen Türkei einen islamischen Staat macht. Er schränkt die Meinungs- und die Pressefreiheit, die Gewaltenteilung und die unabhängige Rechtsprechung ein. Er verweigert den Dialog mit der kurdischen Minderheit im Land, führt Krieg gegen die Kurdenmiliz PKK und verursacht damit, dass der Kurdenkonflikt zum Bürgerkrieg ausgeartet ist.²⁵

Die im Jahr 2015 kräftig anschwellende Flüchtlingswanderung nach Europa zwingt die Europäische Union und die Bundesregierung dazu, mit dem autokratischen Präsidenten der Türkei über ein Flüchtlingsabkommen zu verhandeln. Bundeskanzlerin Merkel gerät ins Dilemma: Einerseits ist sie eine scharfe Kritikerin des Erdoğan-Kurses. Andererseits setzt kaum jemand sonst in der Europäischen Union so sehr auf den Schutz der EU-Außengrenzen, insbesondere auf dem Balkan, wie Merkel. Folglich übernimmt sie zusammen mit der Europäischen Kommission federführend die Verhandlungen,²⁶ die am 18. März 2016 zu einem Abkommen führen. Im Ergebnis wird die Türkei zu einem sicheren Herkunftsland erklärt, in das Flüchtlinge zurückgeschickt werden, die irregulär nach Griechenland gekommen sind. Für jeden Syrer, der aus Griechenland in die Türkei zurückgewiesen wird, gelangt ein Syrer aus der Türkei über legale Verfahren in die Europäische Union. Türkische Hilfsorganisationen werden insgesamt, über mehrere Jahre verteilt, 6 Mrd. Euro zur Unterbringung und Integration von syrischen Flüchtlingen erhalten. Außerdem gibt es in dem Abkommen die Zusage, dass noch 2016 weitere Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet werden.²⁷

In Deutschland wird von einem „Deal“ mit der Türkei gesprochen. Laut ARD-Deutschlandtrend vom April 2016 halten 56 Prozent der Befragten das Abkommen für „eher schlecht“. 68 Prozent der Befragten sind gegen einen EU-Beitritt der Türkei, sogar 79 Prozent halten die Türkei nicht für einen vertrauenswürdigen Partner.²⁸ Das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei führt zu einer nachhaltigen Verringerung der Flüchtlingswanderung in die Europäische Union und nach Deutschland. Trotzdem verhilft es zunächst weder der Europäischen Union noch der deutschen Regierung und der Bundeskanzlerin zu mehr Ansehen.

25 Der Spiegel: Der wilde Mann vom Bosphorus, 2.4.2016.

26 Özlem Topcu: Verbotene Liebe. Erst wollte sie nicht, dann wollte er nicht. Jetzt müssen beide. Zwischen Deutschland und der Türkei beginnt etwas Neues, in: Die Zeit, 3.3.2016.

27 Martin Klingst: Türkische Eröffnung. Fünf Fragen und Antworten zum neuen Flüchtlingsplan, in: Die Zeit, 10.3.2016.

28 Spiegel-Online: Umfrage: Mehrheit der Deutschen lehnt Türkei-Deal der EU ab, 7.4.2016.

Deutschlands neue Sicherheitspolitik

Die Flüchtlingsproblematik und der Terror des sogenannten Islamischen Staates (IS) veranlassen die Bundesregierung 2015 endgültig zu einer neuen sicherheitspolitischen Doktrin.²⁹ Bisher konzentrierte Deutschland seine internationale Beteiligung an militärischen Aktionen auf Hilfsmaßnahmen, Ausbildungsmissionen und Rüstungsexporte. Eine Mehrheit der Deutschen war zumeist gegen eine unmittelbare militärische Beteiligung der Bundeswehr an Kriegeinsätzen. Unter dem Eindruck der Terroranschläge in Frankreich und Belgien, die in der deutschen Bevölkerung eine Welle des Mitgeföhls auslösten, und angesichts des Zustroms an Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan änderte sich das Meinungsklima. Die Regierungskoalition bekam nur noch wenig Widerspruch, als sie die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan doch verlängerte, Frankreich in seinem Kampf gegen den islamistischen Terror in Mali mit 500 Bundeswehrsoldaten unterstützte und sich mit Aufklärungsflugzeugen am Kampfeinsatz einer internationalen Koalition gegen den IS in Syrien beteiligte.³⁰ „Wir müssen staatliche Macht und Stabilität in Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan oder Libyen wiederherstellen“, begründete Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen Anfang November 2015³¹ offensiv die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Interventionen. Die Absicht der Bundesregierung war eindeutig: Der verlängerte Bundeswehreinsatz in Afghanistan sollte dazu beitragen, den Staat am Hindukusch zu einem wenigstens in bestimmten Zonen sicheren Herkunftsland zu erklären, in das man Flüchtlinge zurückschicken kann. In Mali, Syrien und Irak will sie sowohl dazu beitragen, den IS zu bekämpfen wie auch die Lebensbedingungen so zu verbessern, dass von dort weniger Flüchtlinge kommen.³²

Wie ernst es der Bundesregierung mit dem Wandel ihrer sicherheitspolitischen Doktrin ist, wurde deutlich, als sie 2016 eine Vergrößerung der Bundeswehr und ein neues sicherheitspolitisches Weißbuch auf den Weg brachte. Dass Deutschland weniger Skrupel als früher hat, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen, hatte sich schon 2014 gezeigt, als Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande in der Ukraine-Krise für den Westen die Verhandlungsführung mit Russland übernommen haben.

Infolge des stärkeren militärischen Engagements Deutschlands in der Welt, wurden in der Bundesrepublik im Jahre 2016 auch wieder Forderungen nach einer EU-Armee laut.³³

Deutschland gegen den Brexit

Ausgerechnet in dieser Zeit der Finanzkrisen, der Flüchtlingsproblematik, des Terrorismus und der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen pflegte Großbritannien weiter seine Sonderrolle in der Europäischen Union. Das vom britischen Premierminister David Cameron vor allem aus parteipolitischen Motiven für den 23. Juni 2016 angesetzte Referendum über die Zukunft des Vereinten Königreichs in Europa hat in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten Kräfte vereinnahmt, die eigentlich für die Bewältigung der großen

29 Der Spiegel: Die Weltverbesserer, 7.11.2015.

30 Zeit Online: Trial und Terror. Angela Merkel war immer skeptisch gegenüber militärischen Lösungen. Jetzt schickt sie deutsche Soldaten in den Syrien-Krieg, 4.12.2015.

31 Zitiert nach Der Spiegel: Die Weltverbesserer, 7.11.2015.

32 Die Zeit: Koalition der Feinde. Ängste, Träume, Illusionen – was die Europäer im Kampf gegen den IS bewegt, 3.12.2015.

33 Michael Hüther/Hans-Werner Sinn: Warum eine gemeinsame Armee Europa helfen könnte, in: Süddeutsche Zeitung, 27.2.2016.

Krisen vonnöten gewesen wären. In der deutschen Politik gibt es zunächst wenig Verständnis für das Vorgehen Camerons, der mit Hilfe des Referendums seine über die Europapolitik tief zerstrittene Partei, die Torys, zusammenführen und wieder handlungsfähig machen wollte. Kritisiert wird auch, dass Cameron einerseits die Europäische Union scharf angreift, andererseits aber für den Verbleib des Königreichs in ihr wirbt. Allmählich setzt sich in Deutschland aber die Einsicht durch, man müsse Großbritannien entgegenkommen, damit es im EU-Verbund bleibe. Dies sei im deutschen Interesse. In repräsentativen Umfragen spricht sich auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen einen Brexit aus.

Großbritannien ist die zweitgrößte EU-Volkswirtschaft und der dritt wichtigste Handelspartner Deutschlands. Clemens Fuest, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo, warnte: „Deutschland wäre wahrscheinlich der größte Verlierer eines Brexit, abgesehen von Großbritannien selbst.“³⁴ Er könne Deutschland langfristig bis zu 3 Prozent Wirtschaftsleistung kosten, so Fuest. Der Kreditversicherer Euler Hermes sagte im Falle eines Brexits für die deutsche Exportwirtschaft bis 2019 Einbußen von 6,8 Mrd. Euro voraus.³⁵ Insbesondere in der Automobil-, der Chemie- und der Pharmaindustrie klingelten die Alarmglocken, als bei Umfragen auf der Insel die Brexit-Befürworter in der Mehrheit waren.

Für alle Bundesregierungen war Großbritannien innerhalb der Europäischen Union immer auch ein strategischer Partner, mit dessen Hilfe sie insbesondere in Fragen des Binnenmarkts, des freien Wettbewerbs, der Finanzpolitik, der gemeinsamen Außenpolitik und beim Kampf gegen Bürokratie immer wieder ein Gegengewicht gegen Frankreich und die südlichen EU-Staaten herstellen konnten. Ein Austritt Großbritanniens würde Deutschlands Rolle in der Europäischen Union schwächen. Die Bundesregierung setzte deshalb schon seit Mitte 2015 darauf, eine maßvolle EU-Reform zu erreichen, die es dann Cameron erleichtern würde, den Verbleib seines Landes in der Union durchzusetzen. Bundeskanzlerin Merkel bereiste selbst die europäischen Hauptstädte und warb für einen Kompromiss mit der britischen Regierung. So hatte sie maßgeblichen Anteil daran, dass der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs im Februar 2016 ein Reformpaket verabschiedete, das Großbritannien in gewissem Maße einen Sonderstatus innerhalb der Gemeinschaft einräumte und den nationalen Parlamenten ein stärkeres Einspruchsrecht gegen EU-Vorhaben gab.

Am 23. Juni 2016 stellte sich der Einsatz der Bundesregierung als vergebliche Mühe heraus. Die Britinnen und Briten stimmten mit knapper Mehrheit für den Brexit. Die wachsende Anzahl der EU-Kritiker in Deutschland sah sich durch das britische Referendum bestätigt

Deutschland – die einsame Vormacht der Europäischen Union

Der Prozess der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte auch das Ziel, Deutschland nicht wieder zu stark werden zu lassen. Die Bundesrepublik entwickelte sich zu einem Schlüsselstaat der Europäischen Union, dominierte sie aber nicht. Zwar war sie 1989/1990 unter der Regierung von Bundeskanzler Kohl in Westeuropa federführend bei der Überwindung des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands und wurde in Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft eindeutig das stärkste Mitglied der Euro-

34 Der Tagesspiegel: Was der Brexit für uns bedeutet, 24.6.2016.

35 EurActiv: Brexit: Deutschland stößt an seine Grenzen, 7.6.2016.

päischen Union. Dennoch behielt sie ihren Kurs bei, Gleicher unter Gleichen zu sein. Bei von den Vereinten Nationen (VN) oder der NATO geführten internationalen militärischen Einsätzen hielt sie sich sogar noch lange zurück und pochte auf einer Sonderrolle.

Die auf 28 Mitglieder angewachsene Europäische Union und die Globalisierung zwingen Deutschland aber immer mehr in eine Führungsrolle. Am deutlichsten ist dies bisher in der Ukraine-Krise, in der Finanz- und der Griechenlandkrise sowie angesichts der Flüchtlingsproblematik. Deutschlands Führung wird akzeptiert, aber nicht immer gemocht.³⁶ In der Finanz- und der Griechenlandkrise konnte sich Berlin letztlich mit seinem Kurs durchsetzen. In der Flüchtlingspolitik ist das der Bundesregierung allenfalls teilweise gelungen und sie ist dabei in eine riskante Abhängigkeit von der Türkei geraten.

In der europäischen Geldpolitik befindet sich die Bundesregierung in einem mittlerweile fast chronischen Konflikt mit der EZB,³⁷ die ihrerseits auf die Unterstützung der drei großen Länder Frankreich, Italien und Spanien und der anderen besonders verschuldeten Euro-Staaten setzen kann. In der Energiepolitik ist Deutschland mit seinem Ausstieg aus der Kernenergie mittlerweile fast auf einem Alleingang.

Das deutsch-französische Tandem ist häufiger aus dem Tritt als in Schwung. Mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union verliert Deutschland etwa in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einen Verbündeten. Das für die Bundesrepublik stets besonders wichtige Verhältnis zu seinem größten östlichen Nachbarn Polen ist belastet, seit dort eine rechtskonservative Regierung im Amt ist.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitte der 2010er Jahre mehr notgedrungen als gewollt die Führungsmacht der Europäischen Union. Als solche wird sie mehrheitlich akzeptiert. Doch sie ist ein einsamer Hegemon.³⁸

Weiterführende Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Europäische Integration in der Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2015.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Flucht und Asyl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/2015.

Barbara Lippert: Deutsche Europapolitik zwischen Tradition und Irritation, SWP-Arbeitspapier Oktober 2015.

Herfried Münkler: Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015.

36 Oliver Das Gupta: Warum die Deutschen über Europas Einigung abstimmen sollten. Über die Angst vor den Deutschen in Europa, Interview mit dem Historiker Heinrich August Winkler, in: Sueddeutsche.de, 18.8.2015.

37 Der Spiegel: „Für mich überwiegen die Risiken“, Spiegel-Gespräch mit Bundesbank-Präsident Jens Weidmann über die Staatsanleihenkäufe der EZB, 2.10.2015; Giovanni die Lorenzo: „Wenn du deinen Mut verlierst, hast du alles verloren“, Interview mit EZB-Präsident Mario Draghi, in: Die Zeit, 15.1.2015.

38 Hans Kundnani/Ulrike Guérot/Alister Miskimmon: Deutschland in Europa. Drei Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2015.